

EINFÜHRUNG

„Wo Gott ist, da ist Zukunft“ – unter dieses Leitwort haben die deutschen katholischen Bischöfe den Besuch Papst Benedikts XVI. in Deutschland im September 2011 gestellt. Sie drücken damit ihre Erwartung aus, dass der Papst Worte der Wegweisung und der Ermutigung für eine lebenswerte Zukunft sprechen wird, in einer Welt, in der viele Menschen auf der Suche nach geistiger Orientierung und verlässlichen Bezugspunkten sind.

Die Hoffnung auf ein starkes Glaubenszeugnis des Papstes, das auf die Gesellschaft ausstrahlt, gründet sich nicht zuletzt auf die Erfahrungen mit früheren Auslandsreisen Benedikts XVI. In Großbritannien 2010 hatte es zunächst auch skeptische bis schrill ablehnende Reaktionen gegeben, die sich aber im Verlauf des Aufenthaltes in große Zustimmung wandelten. „Die Briten werden zu Benedikt-Fans. Doch seine Botschaft ruft zur Entscheidung“ – so fasste ein Zeitungsartikel den Ertrag der Reise zusammen.¹ Vor allem in seiner Rede in der Westminster Hall, aber auch bei anderen Gelegenheiten, hatte der Papst hinsichtlich der Rolle der Religion in der modernen pluralistischen Gesellschaft ein Umdenken gefordert. Benedikt XVI. stellte sich gegen Bestrebungen in säkularen Gesellschaften, den Glauben und die Religion aus der Öffentlichkeit zu verbannen, sie als bloße persönliche Auffassung zu privatisieren oder gar als Bedrohung der Freiheit darzustellen. In seiner bekannten Ablehnung der „Diktatur des Relativismus“ hob er darauf ab, dass die ethischen Grundlagen des gesellschaftlichen Diskurses nicht in einem Konsens liegen dürfe, der allein über demokratische Verfahrensregeln herbeigeführt werde. Stattdessen müsse die Religion bei der Suche nach objektiven moralischen Prinzipien „korrigierend“ gegenüber der Vernunft wirken. Der Widerspruch zu totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts habe gezeigt, dass die „Welt der Vernunft und die Welt des Glaubens – die Welt der säkularen Rationalität und die Welt der religiösen Gläubigkeit – einander brauchen.“²

Eine Überzeugung, die er nicht erst seit der Debatte mit dem Philosophen Jürgen Habermas immer wieder betont. Schon damals hatte er die „Pathologien“ der Religion und Vernunft beschrieben, die entstehen können, wenn die beiden Sphären sich nicht gegenseitig ergänzen und auf ihre jeweiligen Fehlentwicklungen hinweisen.³

Für einen solchen Dialog bedarf es der Religionsfreiheit, die gläubigen Menschen und ihren Verbänden ermöglicht, nach ihrem Gewissen zu handeln und ihre Überzeugungen einzubringen. Hier sieht der Papst die wesentliche Rolle von Religion in der Politik. Sie sei eine Mahnung, die sich an transzendenten Werten ausrichte und prophetisch das Wort ergreife.

Die zentrale Rolle des Gewissens als Orientierung für die Gesellschaft betonte Benedikt auch bei seinem jüngsten Besuch in Kroatien Anfang Juni 2011.⁴ Die Qualität der Demokratie hänge davon ab, wie stark das Gewissen der Menschen ausgeprägt sei, wie weit es an transzendente Grundlagen zurückgebunden sei. Es dürfe nicht in den Bereich des Subjektiven reduziert werden, sondern müsse ein Ort des Hörens auf die Wahrheit und das Gute sein, der Verantwortung gegenüber Gott und den Mitmenschen, eine Orientierung für die Gesellschaft und die Demokratie.

Die Beispiele der letzten Jahre zeigen, dass der Papst Europa in der Krise sieht, weil das christliche Erbe und seine Werte die Gesellschaft immer weniger zu beeinflussen vermögen. Daher wirbt er für eine Umkehr und eine Besinnung auf die christlichen Wurzeln.

Wesentlich ist für ihn die Rückbindung zum Transzendenten. Die Menschen dürften die Beziehung zu Gott nicht abreißen lassen. Dabei beschränkt er sich nicht nur auf Christen, sondern sucht ganz bewusst das Gespräch mit anderen Religionen. Auch hier spielt die geistliche Dimension des Lebens und die Frage nach dem letzten Sinn des menschlichen Daseins eine wesentliche Rolle. Die religiösen Erkenntnisse sollten motivieren, sich gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sowie einen umfassenden Schutz des menschlichen Lebens einschließlich seiner religiösen Dimension einzusetzen. Darüber hinaus gelte es, den geistlichen Reichtum zu teilen, der sich im vielfältigen Miteinander der verschiedenen Gruppen zeige, aus denen Verständnis und Respekt für einander erwachse.⁵

Das Hören auf andere Religionen und Kulturen schließt auch Nichtgläubige ein, zu denen keine Berührungängste bestehen. Im März 2011 eröffnete der Präsident des Päpstlichen Kulturrates, Kurienkardinal Gianfranco Ravasi, eine Gesprächsinitiative unter dem Titel *Vorhof der Völker* in Paris, einer Chiffre für Säkularität und Laizität. Der Anstoß zu diesem Dialog geht auf eine Weihnachtsansprache

Benedikts 2009 zurück und hat das Ziel, die „Glaubens- und Gottesfrage“ wachzuhalten und eine „sakrale oder säkulare Isolation“ zu verhindern.⁶ Differenzen sollen ohne Missionierungsansprüche offen ausgesprochen und ausgetragen werden.

Beim Besuch Benedikts XVI. im September 2011 in Deutschland sind Begegnungen mit Politikern, eine Rede im Bundestag, Treffen mit der Evangelischen Kirche Deutschlands, mit Vertretern des Judentums und Repräsentanten des Islam vorgesehen. Wir wollen diesen Besuch vorbereitend begleiten und haben deswegen Theologen und Politiker um Beiträge gebeten, die sich mit unterschiedlichen Aspekten des päpstlichen Wirkens beschäftigen.

In einem ersten Teil werden einige grundsätzliche Themen aufgegriffen, die den Papst bewegen. Zum Thema von Religion und Kirche in modernen säkularen Gesellschaften geht der Bochumer Professor für Neues Testament, Thomas Söding, auf die prophetische Rede ein, mit der der Papst, aber auch die Kirche – politisch, sozial engagiert und spirituell orientiert – die Stimme in der Öffentlichkeit erhebt. Die Rolle von Religion bestehe darin, Politik zu ermöglichen durch kritische Begleitung und konstruktive Mitarbeit, die vor allem von Laien geleistet werden müsse, um zu einer gerechten Gesellschaft beizutragen. In der Verhältnisbestimmung von Religion und Politik hebt er auf Grenzen der jeweiligen Bereiche ab, die nicht, etwa in Richtung einer Zivilreligion, vermischt werden sollten. Beide sollten jedoch unbedingt im Gespräch sein.

Ausgehend von der theologischen Botschaft des Papstes, dass die Liebe Gottes allen Menschen gelte, entfaltet die Professorin für christliche Gesellschaftslehre, Ursula Nothelle-Wildfeuer, die sozialetischen Grundgedanken Benedikts. Beim Ringen um menschenwürdige Strukturen müsse Gerechtigkeit um liebevolle Zuwendung ergänzt werden. Benedikt bejahe den Markt als Wirtschaftsordnung, in den jedoch ethische Aspekte einbezogen werden müssten, wie Vertrauen, die Logik des Geschenks und die Unentgeltlichkeit. Um Frieden zu schaffen, gelte es, die Globalisierung solidarisch zu gestalten und Armut zu bekämpfen.

Im Ursprungsland der Reformation gilt der (interkonfessionellen) Ökumene eine besondere Aufmerksamkeit, wie der Papst selbst hervorhob, als er in einem persönlichen Schreiben an den Ratsvor-

sitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hinsichtlich der Gestaltung des Programms eine zeitliche Verlängerung der Begegnung mit den Kirchen der Reformation anregte und so zu einem zentralen Thema des Besuchs machte. Der frühere bayerische Ministerpräsident und Vizepräsident der Synode der EKD, Günther Beckstein, sieht in der Ökumene einen Gradmesser für die Bedeutung von Kirche und Religion in der Gesellschaft. Denn es gehe um die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft. Vieles sei im Zusammenhalt der Christen schon erreicht, für die Zukunft bedürfe es Geradlinigkeit und Gelassenheit.

Nach den Schrecken des Holocaust kommt dem christlich-jüdischen Gespräch eine besondere Bedeutung zu. Rabbiner Walter Homolka zeichnet die Entwicklung seit den 1930er Jahren – noch vor der Herrschaft des Nationalsozialismus – nach. Im Vordergrund stehen die Zeit nach dem zweiten Vatikanischen Konzil und das Pontifikat Benedikts, insbesondere die Irritationen nach der Neuformulierung der Fürbitte für die Juden im außerordentlichen Ritus.

Der islamische Religionsphilosoph Milad Ahmad Karimi greift die vom Papst in seiner Regensburger Rede geäußerten Gedanken auf. Die Frage, was Mohammed Neues gebracht habe, fordere Muslime heraus, ihr Gottesbild darzulegen und sich dem interreligiösen Dialog zu öffnen, um sich gemeinsam der transzendenten Wurzeln zu versichern.

Im zweiten Teil beschäftigen sich dreizehn Politiker unter verschiedenen Aspekten, die mit dem Wirken des Papstes verbunden sind, mit aktuellen Herausforderungen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert setzt einen kirchenpolitischen Akzent. Er gehört zu den acht prominenten Katholiken, die zu Beginn des Jahres 2011 aufgrund der schwierigen pastoralen Situation die deutschen Bischöfe gebeten hatten, zu prüfen, ob *virī probati* zu Priestern geweiht werden könnten. Ihre Bitte verstanden sie als Beitrag zu der breit angelegten Gesprächsinitiative der Deutschen Bischofskonferenz, die sich bemüht, Vertrauen zurückzugewinnen und die Lebenswirklichkeit der Gläubigen wahrzunehmen.

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe, nimmt mit einem Zitat aus einer Rede des damaligen Kardinals Joseph Ratzinger das Thema vom Verhältnis von Politik und Religion auf und

erklärt, wie das Grundgesetz Freiräume für das Wirken der Kirchen sowie für moralische Wertvorstellungen gebe, für die religiöse Bildung prägend sei. Wegen der fundamentalen Bedeutung für die Grundlagen des Zusammenlebens weist er alle Forderungen von Laizisten nach Zurückdrängung religiöser Elemente aus dem öffentlichen Raum als falsch verstandene Neutralität zurück.

Die Landeshauptstadt Thüringens, Erfurt, wird eine wichtige Station auf der Reise Papst Benedikts sein. Die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hebt hervor, dass zwar zwei Drittel der Bevölkerung in diesem Bundesland konfessionslos sei, es aber gleichwohl ein gutes Einvernehmen mit den Kirchen gebe, nicht zuletzt aufgrund der Verträge und regelmäßigen Treffen mit Kirchenvertretern und der Landesregierung. Vor allem aber die Arbeit von Diakonie und Caritas werde von der gesamten Bevölkerung geschätzt.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe ökologische Fragen der Deutschen Bischofskonferenz beschäftigt sich die Beauftragte der CDU/CSU-Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Maria Flachsbarth, mit einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik, ein Anliegen, das auch in der Enzyklika *Caritas in veritate* erwähnt wird. Aus aktuellem Anlass stellt sie Kriterien für ein Konzept einer nachhaltigen Energiepolitik vor, die risikoarm, global und für alle Generationen gerecht, Klima schonend, für alle zugänglich und bezahlbar sowie gesellschaftlich akzeptiert sein muss, um einer „Ökologie des Menschen“ zu entsprechen.

Der Persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, setzt sich mit der Idee der Menschenrechte auseinander, die im westlichen Kulturkreis entwickelt wurden. Für ihre Übertragbarkeit sei nicht nur ein interreligiöser Dialog nötig, der von dem Wahrheitsgehalt der jeweiligen Religion ausgehe. Auch die Selbstvergewisserung im Gespräch des Christentums mit der säkularen Welt spiele eine Rolle.

Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Familienministerin mit einem großen Engagement für Afrika, konstatiert, dass die Globalisierung ethisch gestaltet werden müsse. Die Finanzkrise habe gezeigt, dass ein Umdenken dringend erforderlich sei. Maßstäbe böten die christliche Soziallehre und die Soziale Marktwirtschaft.

Stärker auf den innenpolitischen Bereich konzentriert sich Karl Schiewerling, der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Ausgehend von den unteilbaren Menschenrechten plädiert er für eine umfassende Teilhabegerechtigkeit. Grundsicherung sei eine aktivierende Hilfe, um Eigeninitiative zu stärken. Durch das Bildungs- und Teilhabepaket könnten Kinder, vor allem auch solche mit Migrationshintergrund, aus der Armut geholt werden. Die unverzichtbare, einklagbare staatliche Daseinsfürsorge für Bedürftige aller Art müsse ergänzt werden durch freiwillige gegenseitige Hilfe aus Barmherzigkeit.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, geht davon aus, dass Religion Gemeinschaft stiften könne. Um religiös sprachfähig zu sein, bedürfe es des Religionsunterrichts. Islamische Studiengänge an Universitäten schafften die Voraussetzungen für die Ausbildung eines zeitgenössischen Islam. Im Dialog der Religionen könne Fremdheit überwunden und Integration ermöglicht werden.

Den Aspekt der Werte greift die niedersächsische Ministerin Aygül Özkan auf und begründet sie mit der Tradition der Aufklärung. Mit Berufung auf das Menschenbild Kants unterstützt sie sozialpolitisch den aktivierenden Staat mit der Maxime des Förderns und Forderns. Es gehe um ein Abwägen von Eigenverantwortung und Solidarität. Wie Schavan begrüßt sie die Studiengänge zur Aus- und Weiterbildung von Imamen, die zu deren Identifikation mit Deutschland beitragen könnten. Beim Streben nach universell geltenden Werten gehe es darum, eine ethische Grundorientierung für eine verantwortliche Weltpolitik und Weltwirtschaft zu finden.

Zur Diskussion um den Fortschrittsbegriff hält der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), der Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Rachel fest, dass es sich um einen ambivalenten Begriff handele. Kirche müsse ihr prophetisches Amt wahrnehmen, wenn im Namen des Fortschritts bei Zukunftsthemen Gefahren und Irrwege deutlich würden, wie die Einlassungen der großen Kirchen in der Vergangenheit gezeigt hätten. Aus der Spannung von Politik und Religion, Glaube und Vernunft entstehe Zukunft im Sinn eines nachhaltigen Fortschritts.

Der Präsident des Maximilian-Kolbe-Werks, Peter Weiß, erinnert an den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965, der der politischen Versöhnung von Polen und Deutschen vorausging. Das aus einem Bußgang von Pax Christi entstandene Maximilian-Kolbe-Werk unterstützt Überlebende des Holocaust und versucht durch Begegnungen zur Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern beizutragen. Der Besuch Benedikts in Auschwitz markiere einen weiteren Schritt der Versöhnung, indem er Initiativen würdige, die im Bewusstsein des vergangenen Grauens auf Versöhnung zielten.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, Monika Grütters, geht dem Verhältnis von Religion und Kirche zu Intellektuellen und Künstlern nach, zwei Welten, die in der Gegenwart gegensätzlich zu sein scheinen, die aber beide über das Tatsächliche hinauswiesen, Kritik äußerten, neue Perspektiven eröffneten und Antworten auf letzte Fragen suchten. Vielfach fänden sie heute nicht mehr zusammen, obwohl sie einander bräuchten. Im letzten übersteige der Glaube die Vernunft, weil er dort sei, wo die Vieldeutigkeit der Welt die Menschen überfordere.

Papst Benedikt XVI. gilt als großer Theologe und Intellektueller auf dem Stuhl Petri. Deswegen steht am Ende der Aufsatzsammlung eine Besprechung des jüngst erschienenen zweiten Teils der Jesus-Biographie des Papstes. Der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Bernhard Vogel, sieht in der Christusdarstellung auch politische Aussagen: Jesus sei kein Revolutionär, seine Botschaft verlange Wachsamkeit und Offenheit für das Gute. Für den Deutschlandaufenthalt des Papstes schließt er daraus Offenheit für Dialoge mit Nichtgläubigen, Juden und vor allem auch in der Ökumene. Nicht zuletzt aufgrund der besonderen Erwähnung des Zeugnisses der Frauen bei der Auferstehungsgeschichte, erwägt er Diskussionen über die Stellung der Frau in der Kirche und schließt auch andere kirchenpolitische Diskussionsfelder als Stichworte für das Besuchsprogramm des Papstes nicht aus.

Alle Beiträge wollen in das Denken Papst Benedikts XVI. einführen und so seine Ansprachen besser verstehen lassen. Die Diskussionen, die sich durch die zum Teil gegensätzlichen Standpunkte, zum Teil sich ergänzende Passagen in den Beiträgen auszeichnen, zeigen die Weite der Themen und lassen neugierig gespannt sein, wie Benedikt XVI. den Diskussionsfaden weiterspinnt und welche Antworten er auf

die offenen Fragen in der speziellen deutschen Situation geben wird und wie eine gemeinsame Verantwortung von Religion und Politik für die Zukunft Europas wahrgenommen werden kann.

Berlin, im Juni 2011

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

- 1| *Gierth, Matthias: Nicht Rottweiler, nicht Opa. In: Rheinischer Merkur, 23. September 2010.*
- 2| *Ansprache von Papst Benedikt XVI., Begegnung mit den Vertretern der Gesellschaft Großbritanniens. Westminster Hall – London 17.9.2010, http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/speeches/2010/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20100917_societa-civile_ge.html.*
- 3| *Habermas, Jürgen und Ratzinger, Joseph, Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion. Mit einem Vorwort hrsg. von Florian Schuller. Freiburg 2005, S. 56.*
- 4| *Ansprache von Papst Benedikt XVI., Kroatisches Nationaltheater – Zagreb 4. Juni 2011. http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/speeches/2011/june/documents/hf_ben-xvi_spe_20110604_cd-croazia_ge.html.*
- 5| *Ansprache von Papst Benedikt XVI., Begegnung mit Klerikern und Laienvertretern anderer Religionen. 17. September 2010. http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/speeches/2010/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20100917_alte-religioni_ge.html.*
- 6| *<http://www.domradio.de/aktuell/71403/vorhof-der-voelker.html>, <http://www.evangelisch.de/themen/religion/premiere-in-paris-vatikan-startet-dialog-mit-atheisten37407>.*